



# HESSISCHER LANDTAG

08. 02. 2023

## Kleine Anfrage

**Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten) und Wiebke Knell (Freie Demokraten)**  
vom 22.09.2022

**Kreiserntedankfest Wetterau**

und

## Antwort

**Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund**

### Vorbemerkung Fragesteller:

Auf dem Kreiserntedankfest des Regionalbauernverbandes Wetterau-Frankfurt a.M. e.V. am Sonntag, den 18. September 2022 in Ilbenstadt hat in ihrem Grußwort für die Landesregierung Staatsministerin Lucia Puttrich vorgetragen, sie wolle sich für ein Belastungsmonitoring für Landwirte einsetzen. Auch werde sie sich als Hessische Europaministerin in Brüssel dafür stark machen, dass insbesondere bei dem Thema Dünger eine Liberalisierung erfolgt und keine weiteren Regulierungen verordnet werden. Zusammengefasst hat Staatsministerin Puttrich erklärt, sie stehe immer hinter den Interessen der Wetterauer Bauern.

### Vorbemerkung Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund:

Die Landwirtschaft in Hessen verdient größte Wertschätzung. Gutes und gesundes Essen gehört zur Lebensqualität. Die mittelständische, familienbetriebene bäuerliche Landwirtschaft verdient dabei besondere Unterstützung. Das Ziel der Landesregierung ist, die Landwirtschaft in unserem Land zu stärken.

Der Landwirtschaftssektor ist jedoch u.a. aufgrund der hohen EU-Fördermittel, die in den Sektor fließen, vielfach von europäischen Vorgaben geprägt, die auch den Anliegen von Klima- und Naturschutz dienen. Dies gilt im Bereich der Flächennutzungen, der komplexen förderrechtlichen Vorgaben oder auch für den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln. Um auch im Sinne der Landwirtschaft gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU zu schaffen, wird vom Normgeber regelmäßig das Instrument der EU-Verordnung gewählt.

Die Landesregierung setzt sich auf europäischer Ebene für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ein. Ebenso tritt sie für eine deutliche Vereinfachung und den Abbau des mit der Antragstellung und Kontrolle verbundenen Aufwandes ein. Traditionell nimmt sie damit eine aktive Rolle in der Weiterentwicklung der GAP ein.

Seit dem brutalen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat sich die Situation auch für die Landwirtinnen und Landwirte drastisch verändert. Auf der einen Seite sind sie mit höheren Energie- und Rohstoffpreisen, etwa für Düngemittel, konfrontiert. Auf der anderen Seite gerät der Selbstversorgungsgrad und damit die Abhängigkeitsdebatte von Importen aus Drittstaaten in den politischen Fokus. Im Europäischen Parlament werden daher verschiedene Strategien für die Landwirtschaft diskutiert, unter anderem das bereits beschlossene zeitlich befristete Aussetzen von Flächenstilllegungen oder ein Stopp von Regulierungen im Bereich Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Die Vielzahl der Vorschläge werden von der EVP-Fraktion im EU-Parlament unter dem Begriff „Belastungsmoratorium“ zusammengefasst. Davon sprach Europaministerin Lucia Puttrich.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wie folgt:

- Frage 1. Plant die Landesregierung die Einführung eines Belastungsmonitorings?
- Frage 2. Ab wann soll dieses Monitoring beginnen und wie soll dies inhaltlich und organisatorisch aufgebaut sein?
- Frage 3. Gibt es in der Vorbereitung der Implementierung dieses Monitorings eine wie geartete Zusammenarbeit mit dem Hessischen Bauernverband und ähnlichen Institutionen?

Die Fragen 1-3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet:

Wie bereits in der Vorbemerkung ausgeführt, setzen sich die Belastungen für Landwirtinnen und Landwirte vielfach aus europäischen Vorgaben zusammen. Ein einseitiges Aussetzen dieser Regelungen ist europarechtlich nicht möglich und wurde auch nicht in Aussicht gestellt.

- Frage 4. Wenn die Antwort zu 1. Nein lautet:  
Wie bewertet die Landesregierung die Aussage von Staatsministerin Puttrich?

Staatsministerin Lucia Puttrich hat auf die aktuelle europäische Debatte hingewiesen und ihre Sympathie für ein Belastungsmoratorium für die Landwirtschaft ausgedrückt. Bei entsprechenden europäischen Vorhaben wird die Landesregierung im Interesse unseres Landes entscheiden. Dabei gilt es, die Interessen der Land- und Forstwirtschaft, aber auch dringende Notwendigkeiten zum Klima- und Naturschutz zu beachten.

- Frage 5. Welche konkreten Aktivitäten der Hessischen Landesregierung hat es seit August 2020 gegeben, Einfluss auf den europäischen Entscheidungsprozess bei einer weiteren, zusätzlichen Regulierung zu nehmen? Bitte unterteilen nach Aktivitäten pro Verschärfung und gegen Verschärfung?

Auf europäische Entscheidungsprozesse kann auf verschiedenen Wegen Einfluss genommen werden. Zum einem nimmt Hessen seine Mitwirkungspflichten über den Bundesrat wahr. In Brüssel wird in Form von politischen Gesprächen und Veranstaltungen auf die Willensbildung von politischen Institutionen und Akteuren eingewirkt. Die Stellungnahmen des Bundesrats zu europäischen Vorhaben enthalten häufig Ziffern, die die Vorhaben sowohl begrüßen, als auch Ziffern, die auf dadurch verbundene Belastungen und Mehraufwände, etwa durch Dokumentations- und Berichtspflichten für die Landwirtinnen und Landwirte, eingehen. Abhängig vom Einzelfall unterstützt die Landesregierung regelmäßig Forderungen nach einem Abbau von bürokratischen Hürden und der Minimierung von finanziellen Belastungen. Das Abstimmungsverhalten Hessens im Bundesratsplenum lässt sich folgender Webseite entnehmen.  
→ <https://staatskanzlei.hessen.de/berlin-europa-und-die-welt/hessen-in-berlin/hessen-in-berlin/bundesrat>.

Sämtliche Bundesratsdrucksachen und Stellungnahmen des Bundesrates lassen sich darüber hinaus folgender Webseite entnehmen.

→ <https://www.bundesrat.de/DE/service/archiv/bv-archiv/bv-archiv-node.html>.

Über das formalisierte Bundesratsverfahren hinaus finden regelmäßig Gespräche auf politischer Ebene in Brüssel statt. So war Staatsministerin Lucia Puttrich anlässlich der parlamentarischen Sitzung des Europäischen Parlaments zum Thema Belastungsmoratorium und dem Vorschlag der EU-Kommission zur nachhaltigen Nutzung von Pflanzenschutzmitteln am 13. September 2022 in Strasbourg. Dort traf sie u.a. mit MdEP Norbert Lins, dem Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses zusammen. Darüber hinaus wurden am selben Tag Gespräche mit der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments MdEP Nicola Beer, MdEP Michael Gahler, MdEP Prof. Dr. Sven Simon, MdEP Engin Eroglu, MdEP Martin Häusling sowie dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses MdEP David McAllister geführt. Gegenstand der Gespräche waren u.a. die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Europa und insbesondere die Folgen für die Landwirtschaft.

Die GAP, die Taxonomie und das Vorhabenpaket der EU Fit for 55 waren die Gesprächsthemen von Europastaatssekretär Becker mit MdEP Martin Häusling am 9. Februar 2022. Am 19. Januar 2022 traf der damalige Europastaatssekretär Weinmeister mit dem Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses MdEP Norbert Lins per Webex zusammen und thematisierte u.a. das Thema Carbon Farming. Zum Sachstand GAP gab es in gleicher Besetzung am 12. Mai 2021 ein weiteres Treffen.

Am 24. Oktober 2020 fand zudem eine Online-Veranstaltung mit dem Generaldirektor der GD AGRI, Dr. Wolfgang Bartscher, zum Thema „Die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik“ – abrufbar → <https://www.youtube.com/watch?v=l6qwtzI1TjU> – statt. Am 22. März 2022 fand eine Podiumsveranstaltung zum Thema „Landwirtschaft 4.0“ zur Digitalisierung in der Landwirtschaft mit Beteiligung der EU-Kommission und dem Vorsitzenden des Hessischen Bauernverbands Karsten Schmal – abrufbar → <https://www.youtube.com/watch?v=CJgRoIiT0k8> – statt.

Frage 6. Wie ist in den unter 5. angefragten Themen jeweils die Abstimmung mit der Bundesregierung?

Die Landesregierung nimmt grundsätzlich ihre verfassungsrechtlich zugewiesene Verantwortung wahr. Insoweit ist das Bundesratsverfahren ein formalisiertes Abstimmungsverfahren zwischen den Ländern und dem Bund. Darüber hinaus finden selbstverständlich Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages in Berlin und Brüssel statt.

Frage 7. Steht die Hessische Landesregierung immer hinter den Interessen der hessischen Bauernschaft?

Wie in der Vorbemerkung bereits ausgeführt, ist das Ziel der Landesregierung, die Landwirtschaft in unserem Land zu stärken. Insoweit kann von einem gleichen Interesse sowohl der hessischen Bauernschaft und der Landesregierung ausgegangen werden. Dies führt nicht in jedem Fall zu identischen Positionen. Darüber hinaus ist der Handlungsrahmen der Landesregierung insbesondere mit Blick auf das europäische Rechtsetzungsverfahren begrenzt. Im demokratischen Verfahren mit der EU-Kommission, dem Rat, dem Europäischen Parlament und der Bundesregierung findet nicht jede Positionierung Hessens notwendige Mehrheiten.

Der Hessische Bauernverband hat eigene Möglichkeiten, etwa im Konsultativverfahren, zu konkreten Vorhaben direkt gegenüber der EU-Kommission Stellung zu nehmen.

Wiesbaden, 2. Februar 2023

**Lucia Puttrich**